

**MA(c)H(t)MUT 05/2015**

- **Auf der Flucht nach Deutschland – aus Asylantragstellern werden Nachbarn!** Seite 2
- **Luftsicherheit zurück in die öffentliche Hand!** Seite 6
- **Soziale Arbeit und Innovationen** Seite 8
- **Treffen mit Interessenvertretern** Seite 9
- **Namentliche Abstimmungen** Seite 11
- **Sozialdemokraten sind Anker für gute Finanzausstattung der Städte** Seite 14
- **Özdemir on Tour** Seite 16
- **TTIP – das steckt wirklich drin** Seite 20
- **Aus dem Büro: Interview mit Marcel Keilwerth** Seite 22

Impressum■ **V.i.S.d.P.**

Mahmut Özdemir, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

es ist Herbst 2015 und damit Halbzeit der jetzigen Bundestagswahlperiode. Nur wenige denken zurück an die historische demokratische Befragung der Parteibasis der SPD, ob es von 2013 bis (zumindest geplant) 2017 in die Große Koalition gehen sollte. Vielmehr denken bereits die ersten an die Perspektive 2017plus. Die SPD-Bundestagsfraktion geht mit einem guten Spielstand in die Halbzeit. Wichtige Anliegen aus dem Wahlprogramm, die in den Koalitionsvertrag eingebracht wurden, sind umgesetzt, weitere sind im parlamentarischen Verfahren und gerade deshalb beginnt nach der „kurzen gedachten Pause in der Kabine“ nun das endgültige Rennen darum, die Vorhaben ins Ziel zu bringen. Und dies rechtzeitig, bevor im Schatten des Wahlkampfes Sachlichkeit von wahlkampfgeschliffenen Aussagen verdrängt wird.

Die Entscheidung zur Großen Koalition war mehr oder minder unumgänglich, aber genauso richtig. Die SPD liefert - und zwar mit einer so extrem hohen Schlagzahl, dass man bei der Aufzählung aus dem Kopf nicht

mehr den Anspruch auf Vollständigkeit erheben will, da man immer etwas vergisst. Deshalb sei auch hier auf eine Aufzählung der Vergangenheit in den ersten beiden Jahren sozialdemokratischer Regierung in der 18. Wahlperiode verzichtet. Denn Erfolge sind nur ein Element des notwendigen politischen Dreiklangs:

- Erfolg
Was haben wir getan!
- Kompromiss
Warum haben wir es so getan!
- Und SPD pur
Was tun wir mit 25 Prozent plus X bei der nächsten Bundestagswahl!

Unser Maßstab ist wie immer die sozial gerechte Umverteilung. Sozialer Aufstieg durch Bildung und die Solidarität der Aufgestiegenen mit den Aufsteigern von morgen und übermorgen ist unser Lösungsvorschlag für eine starke Gesellschaft, die sich in Zeiten von Freihandelsabkommen in einer EU befindet, die sich ihrerseits zu einer Wirtschaftsunion mit Freizügigkeit zurück zu entwickeln droht. Niemals waren Werte notwendiger als in der jetzigen politischen Zeit.

Praktische Lösungen für die aktuellen Herausforderungen müssen immer ihre Grenzen in einer „Haltung“ finden.

Unsere Haltung lautet:

Gesagt, getan, gerecht!

Mit dieser Haltung wollen wir in der zweiten Halbzeit der 18. Wahlperiode die weiteren politischen Projekte des Projektes Zukunft für eine „neue“ Gerechtigkeit angehen. An Themen mangelt es wahrlich nicht! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit darf für Arbeitnehmer/innen in der „Leiharbeitsbranche“ keine Wunschvorstellung bleiben. Den Missbrauch von Werkverträgen gilt es noch in

dieser Wahlperiode effektiv einzudämmen. Dazu ist es mein Anliegen, die Generationensolidarität neu zu definieren. Mit der Rentenreform ist die junge Generation in Vorleistung gegangen, um Sicherheit im Alter zu stärken. Diese Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt gleichermaßen einzufordern heißt unter anderem: Befristungsregeln ohne sachlichen Grund konsequent abschaffen. Die einfache Formel lautet: Einen sicheren Arbeitsplatz oder eine solide Selbstständigkeit, von der man den Wohnraum bezahlen kann, seine Familie mit gesellschaftlichen Teilhabechancen ausstattet, bei gleichzeitiger Teilhabe

an einer Marktwirtschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihm Sicherheit bietet. Die Sicherheit für die Menschen im Land ist gleichbedeutend mit Sicherheit für Investition in Wirtschaft und Gesellschaft. An dieser gesellschaftlichen Sicherheit zu arbeiten ist für mich Ansporn und Ziel zugleich!

Glückauf

Euer



Mahmut Özdemir

Auf der Flucht nach Deutschland – Aus Asylantragstellern werden Nachbarn!

Die Rede von der „Flüchtlingskrise“ ist die Untätigkeit bei der Lösung der „Flüchtlingsherausforderung“.

Von Mahmut Özdemir, MdB

Die Stadtverwaltung der Stadt Duisburg arbeitet an der Belastungsgrenze. „Krisenmodus“ nennt es der zuständige Dezernent. Die Kommune ist das letzte Glied in der Staatskette, die am Ende des Tages im Rahmen von Zuweisungen in Anspruch genommen wird. Jede Aufnahmeeinrichtung, ob Bund oder Land, wird schließlich irgendwo in Deutschland und damit auf dem Gebiet einer Kommune errichtet.

Das ist Behördendeutsch gepaart mit einer höflichen Lagebeschreibung. Die Realität sieht ganz praktisch so aus: Die Stadt Duisburg setzt eine Informationsveranstaltung an und lässt die Aula einer städtischen Gesamtschule bestuhlen. Das Interesse ist mäßig, aber mehr Besuch als wenn politische Parteien zur Bürgerversammlung trommeln ist dann doch da. Die ersten Reihen sind schnell besetzt, man sieht zu Beginn auch einige Leute stehen, weil Stühle nicht

in ausreichender Zahl vorhanden sind. Die Bezirksregierung ist gut vertreten mit drei Personen und die Stadt will keine Fragen unbeantwortet lassen, deshalb bietet sie vom stadt eigenen Immobilienbetrieb (Immobilienmanagement Duisburg - IMD) über Amtsleitung und Dezernent für Soziales und Wohnen bis hin zu der Amtsleitung des Bezirkes alles auf. Die städtischen Mitarbeiter schieben Überstunden, damit die Veranstaltung, in der die städtische Verwaltung und die

Bezirksregierung den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort stehen können, gelingt. Die Bezirksregierung formuliert im feinsten Beamtendeutsch, dass die Stadt Duisburg im Rahmen der Amtshilfe in Anspruch genommen worden sei.

Es grummelt im Saal. Die Fragen prasseln nach den ersten Sätzen auf den Vize-Präsidenten der Bezirksregierung ein. Die Fragen nach der Kostenübernahme durch die Bezirksregierung und warum auf einmal Geld da ist, obwohl nie Geld für andere Sachen da war, kommt von links, warum man keinen Alternativstandort gefunden hätte, von rechts in Richtung der Stadtvertreter. Der Stadtteil sei ohnehin schon geplagt genug, er sei kaputt, die Straßen, die Schulen und einfach alles sei schlecht, weil in die Stadtteile und Bezirke nicht investiert werde. Ein Lokalpolitiker will vermeintliches politisches Kapital aus der Abwesenheit (des erkrankten!) Oberbürgermeisters schlagen und wird prompt unabhängig von der Einstellung zu dieser Veranstaltung in seine Schranken verwiesen. Das Thema taugt eben nicht zum Politikum. Hier ist kein Raum für Gewinner oder Verlierer. Es geht um Lösungen. Der Dezernent berichtet über die Situation, sachlich, nicht nüchtern, emotional, aber er überspannt die Bogen nicht. Es ist keine politische Frage (mehr) – es ist eine Frage des Maßstabes und der Haltung geworden.

Es wird penibel verglichen. Der Zustand der städtischen Infrastruktur mit den nicht beziffer-ten, aber „sicherlich höheren“ Kosten für die Ertüchtigung einer Immobilie zum Zwecke der Notunterbringung. Mit Nicht- und Halbwissen gelangt man zu dem Ergebnis: Es wird Maß genommen.

Während der Sozialstandard in Deutschland für die eigene Bevölkerung schrumpfe, gebe man 670 Euro für jeden Flüchtling durchschnittlich aus. Die auflagenorientierte Presse tut ihr Übriges dabei und macht eine gute Überschrift daraus. Der Inhalt des Artikels ist akzeptabel, aber die Überschrift gießt

FAKTECHECK DUISBURG

*Gastbeitrag von **Reinhold Spaniel**,
Dezernent der Stadt Duisburg für
Arbeit, Soziales und Sport*

Asylbewerberzahlen

2012: 436

2014: 1.289

2015 (Prognose): **4.400 – 5.500**

(in Abhängigkeit von der
Entwicklung der Bundeszahlen)

Unterbringung

Ca. 52% in Wohnungen und **48% in**

Übergangsheimen, wozu auch

Notunterkünfte gezählt werden.

Die Kapazitäten sind **vollständig ausgeschöpft**.

Herkunftsländer (in absteigender Reihenfolge nach Anzahl der Asylanträge)

- **Balkan-Staaten** (Serbien, Mazedonien, Albanien u.a.)
- **Syrien**
- Iran
- Afghanistan
- Afrikanische Staaten

Kosten für Asylbewerber (in Mio. €)

Jahr	Aufwen- dungen	Erträge	Zuschussbedarf Stadt
2013	10,3	2,6	7,7
2014	16,9	4,8	12,1
2015 (Hochrechnung)	37,8	17,6	20,2

Kostendeckung 2015: nur ca. 46,6%



Öl ins Feuer. Denn: Bekommt der Flüchtling tatsächlich mehr Geld als ein Bürger dieses Staates, der auf Sozialleistungen angewiesen ist? Die Aussage ist falsch, jeder weiß das. Solche Meldungen wischt man vom Tisch, nach ein wenig Aufruhr, vielleicht auch einer höheren Auflage geht alles seinen geordneten Gang.

Die Verwaltung arbeitet. Die Menschen werden sicher und menschenwürdig mit all den Standards, die das deutsche Baurecht vorsieht, untergebracht. Und nach exakt neun Wortmeldungen von Besserwissern und denen, die behaupten, dass für den Stadtteil seit einem Jahrzehnt kein Geld in bessere städtische Einrichtungen und städteplanerische Verschönerung ausgegeben worden ist, kippt die Stimmung im Saal:

Es meldet sich ein Ehepaar und fragt nach den Möglichkeiten, sich als Helfer zu registrieren. Ein so genannter Gastarbeiterkenel erläutert, wie sein Großvater in der Hoffnung auf ein besseres Leben und bessere Chancen auf Bildung, Beruf und Wohlstand nicht für sich, sondern für seine Kinder und Enkel nach Deutschland kam. Er ist stellvertretend für einige aus der Siedlung gekommen und braucht Informationen. Nicht etwa über die Dauer der Beschlagnehmung oder die Kosten oder Ersatzmöglichkeiten. Sondern Informationen darüber, was der Betreiber, das Deutsche Rote Kreuz, an Spenden benötige.

Der Leiter der Notunterkunft gibt geduldig Auskunft. Der Erfolg gibt dem Mann und vielmehr seinem Großvater recht.

Die derzeitige politische Debatte ist schräg. Und die Bundespolitik hat ihr Übriges dazu getan. Monatelang wurde im Bundesministerium des Innern die Situation unterschätzt. Die Verfahrensdauer war erkennbar zu lang. Die Zahlen stiegen. Das Lob für die Kommunen im Plenum des Deutschen Bundestages für ihre Anstrengungen bei Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ist nicht mehr genug. Worte reichten nicht mehr, es bedarf einer unkomplizierten Lösung, die den Kommunen hilft und den Ländern die längst überfälligen notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt. Die gezogenen Konsequenzen sind dilettantisch: Das Kanzleramt entzieht dem federführenden Ressort die politische Verantwortung und zentralisiert die Koordinierung, bemüht sich aber gleichermaßen dem Eindruck der Entmachtung des Innenressorts entgegen zu wirken. Die gehäuften administrativen Fehler und Unzulänglichkeiten der Vergangenheit paaren sich mit der ungeschickten Kommunikation, die den Eindruck erweckt, dass die Politik vom Bund bis zu den Kommunen alles hat stehen und liegen lassen und sich ausschließlich um eine Million Flüchtlinge kümmert.

Proportional dazu, wie falsch dieser Eindruck ist, wächst aber auch die Zahl der Zweifler, die

sich nicht mit der „Wir-schaffen-das!-Haltung“ beschwichtigen lassen. Es sind keine politisch Konservativen oder gar Rechten, „diese Zweifler“, es sind Unzufriedene, die nach Erklärungen streben. Sie zweifeln daran, ob wir dieser Herausforderung wirtschaftlich und gesellschaftlich gewachsen sind. Sie wünschen eine Erklärung, die realistisch die Reichweite deutscher Außenpolitik einschätzt. Eine Erklärung, welche gesetzlichen Maßnahmen notwendig und bereits beschlossen sind, deren zügiger Umsetzung es bedarf, um möglichst wenig Beeinträchtigung für das gesellschaftliche Leben vor Ort zu verursachen von Unterbringung bis zur Integration in Schulen und den Arbeitsmarkt. Letztlich suchen sie aber auch den Pragmatismus in jeder einzelnen Frage, darunter auch die Rückführungen derer, die kein Aufenthaltsrecht haben und auch nicht sich auf das Grundrecht auf Asyl berufen können.

Bei allem Pragmatismus zur Lösung ist die politische Haltung unerlässlich. Der Wille zur Verwirklichung des grundgesetzlichen Anspruchs auf Asyl steht nicht zur Debatte, ebenso wenig wie wir über die Disposition anderer Grundrechte reden. Eine klare Haltung und das Bekenntnis zu diesem Grundrecht mit all dem, was notwendiger Weise an gesetzlichen Ansprüchen vom Taschengeld bis hin zur Regelintegration in den Arbeitsmarkt dazu gehört,

gibt den Menschen im Land eine Vorstellung über die Dimension der Herausforderung. Die Haltung „Wir schaffen das!“ funktioniert nur, wenn wir wissen, was wir schaffen müssen und was wir schaffen wollen. Dazu zählt auch eine Prioritätensetzung bei der Flüchtlingsaufnahme. Es geht nicht darum, Menschen und ihre Not zu bewerten, sondern darum, den Flüchtling, der „unter Beschuss“ steht, so schnell wie möglich, aber mit Anwendung der notwendigen verwaltungsrechtlichen Sorgfalt aufzunehmen, bevor er dem Winter in einer Wellblechhütte entgegen sieht. Es geht aber auch darum, das Augenmaß in der politischen Debatte zu wahren, nämlich die Herausforderung der Flüchtlingsströme zu lösen ohne dabei den Eindruck zu erwecken, dass das politische Alltagsgeschäft lahmen würde. Und noch viel wichtiger: Es muss darum gehen, die Debatte über die Finanzierung nicht mit abstrusen Steuerdebatten anzureichern, z.B. durch Wortneuschöpfungen wie Flüchtlings-soli. Wenn die CDU/CSU die Stimmung kippen will, kann sie gerne versuchen, vermeintlich intellektuelle Steuerdebatten zu führen, in Wirklichkeit weiß aber jeder, der zwischen den Zeilen liest, die Aussage zu verstehen: Das, was der Staat zusätzlich an Aufgaben erfüllen soll, muss er sich zusätzlich bezahlen lassen. Diese Debatten wären längst überflüssig, wenn die administrativ zuständigen Behörden ihre Aufgaben erledigt hätten. Die

politischen Maßnahmen, die vor der politischen Sommerpause in Berlin beschlossen wurden und zuletzt durch das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ ergänzt wurden, sind die richtigen Ansätze, die schnell und nur mit dem notwendigen verwaltungsrechtlichen Aufwand umgesetzt werden müssen. Nicht immer ist Geld die Lösung, vielmehr geht es auch darum, der Verwaltung überhaupt erst die Handlungsoptionen zu eröffnen, um unkompliziert Ergebnisse zu schaffen. Die Querschnittsaufgabe besteht jedoch stets darin, den sozialen Frieden im Auge zu behalten. Nur wenn wir die Flüchtlingsaufnahme bewältigen und daneben den Investitionsstau in den Kommunen abbauen und unser Arbeitsrecht noch in dieser Wahlperiode weiter so verändern, dass es der arbeitenden Bevölkerung Sicherheit gibt, erst dann wird die öffentliche Debatte geräuschloser. Wenn man allerdings wie die Union lieber über „Flüchtlingskrise“ redet und eine Flüchtlingssteuer ins Gespräch bringt, dann riskiert man mindestens grob fahrlässig und das ist noch höflich formuliert, dass die Stimmung kippt. Das Spiel „guter Polizist“ aus Berlin und „böser Polizist“ aus Bayern führt dazu, dass ein Teil der Regierungskoalition murrend zum Jagen getragen wird, während die ersten Bundesländer kurz davor sind, wegen drohender Obdachlosigkeit von Flüchtlingen die Segel zu streichen. Es ist die Zeit zu

handeln statt zu reden! Es ist die einzigartige Herausforderung einer besonderen Situation! Das Aufgabenprogramm auch an den Bund ist klar!

Die Kosten pro Kopf, die durch die Unterbringung entstehen, werden durch den Bund zusätzlich gestemmt. Das gibt den Ländern finanziell Luft zum Atmen, aber untergebracht wird durch Geldzahlung allein auch noch niemand. Die beschlossenen 150.000 winterfesten Unterbringungsplätze müssen schnell ins Land und zwar dort, wo sie gebraucht werden. Die restlichen Stellen (von den ursprünglich 2000 Stellenbewilligungen), die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zustehen, müssen weiter zügig mit Personal besetzt werden, damit die Antragstellung und deren Bearbeitung so voran geht, dass ebenso zügig auch die anderen Behörden arbeiten können. Die Bundespolizei muss rasch weiter aufgestockt werden, denn sie trägt derzeit unter anderem an den Bahnhöfen die Hauptlast bei der Registrierung. Bei aller Liebe zum Bauplanungsrecht und dem Antreiben der sozialen Wohnraumförderung sind dies Optionen, die in frühestens 12 bis 18 Monaten greifen können. Diese Zeit bis dahin gilt es zu nutzen. Die Patzer auf den ersten Metern bei der Aufnahme und Unterbringung gilt es schnellstmöglich zu beheben durch zwei Maßnahmen, die wir unseren „neuen Nachbarn“ beibringen müssen. Erstens die

deutsche Sprache und zweitens die Befolgung unseres Grundgesetzes. Weder kommen die Flüchtlinge nach Deutschland, um sich „aushalten“ zu lassen noch wollen alle hier dauerhaft bleiben. Gerade deshalb ist bei einer positiven Bleiberechtsperspektive dafür zu sorgen, dass der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit nach Ablauf der einschlägigen Wartezeiten geebnet wird und bis dahin Spracherwerb möglichst effektiv auch in schwierigen Unterbringungssituationen vor Ort gewährleistet wird.

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Hauptamtlichen in den Polizeibehörden, städtischen Verwaltungen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch den unzähligen ehrenamtlichen Helfern, die Deutsch lehren, Kleidung sammeln und sich an der Essensausgabe beteiligen. Dasselbe gilt für Betreiber, die angelehnt an diese Strukturen ihre Arbeit flexibel anpassen und dort aushelfen, wo die Not am größten ist. Diese Ehrenamtlichen leben den Flüchtlingen vor, wie stark unser Land ist und

sie zeigen, wie eine solidarische Gesellschaft funktioniert: Durch Werte und Haltung. Es ist an der Zeit, dass die federführenden Ministerien Haltung annehmen und die gesetzgeberischen Maßnahmen schnell ins System einspeisen, damit aus dem Flüchtling, der hier bleibt, der Nachbar in Lohn und Brot von morgen wird oder auch ein Freund, der glücklich zurückgekehrt ist in sein befriedetes Heimatland und der dabei die Bundesrepublik fern von uns in seinem Herzen trägt.

Luftsicherheit zurück in die öffentliche Hand!

In den vergangenen Monaten wurden die Sicherheitslücken an deutschen Flughäfen durch zahlreiche Medienberichte offenkundig. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher eine Rückführung der Luftsicherheitskontrolle in Staatshand.

Gastbeitrag von Jörg Radek

Stellv. Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei



Die Luftsicherheit ist originäre Aufgabe und gesetzlicher Auftrag der Bundespolizei (ehem. Bundesgrenzschutz). Derzeit führt die Bundespolizei an den meisten Flughäfen jedoch lediglich die Aufsicht durch. Die eigentliche Personenkontrolle an den Zugängen zu den Flugsteigen übernehmen Kontrolleure privater Sicherheitsdienstleister im Auftrag der

Bundespolizei. Nur an wenigen Flughäfen beschäftigt die Bundespolizei noch eigene Luftsicherheitsassistenten und gewährleistet von der Rekrutierung über die Aus- und Fortbildung bis zum realen Einsatz alles aus einer Hand.

Wir sehen in der derzeitigen privatrechtlichen Organisation

die Hauptursache für die Sicherheitsmängel, wie sie bei Stichproben unter anderem am größten deutschen Flughafen in Frankfurt am Main aufgetreten sind. Mängel vor allem bei den Qualitätsprüfungen der Dienstleister hatten zu Kritik der Europäischen Kommission und einem nachfolgenden Vertragsverletzungsverfahren geführt.

Die Bundespolizei hat rechtlich keinen unmittelbaren Zugriff auf die privaten Mitarbeiter. Auswahl und Ausbildung obliegen den Dienstleistungsunternehmen. Zudem sind die privaten Sicherheitsunternehmen von einer hohen Fluktuation geprägt. Bei der hoheitlichen Antiterrormaßnahme „Luftsicherheit“ werden so aus unserer Sicht unverantwortliche Risiken in Kauf genommen. Sicherheitsrelevante Informationen können so unkontrolliert nach draußen dringen. Zudem ist die Arbeitsteilung zu umständlich: Stellen die Angestellten des privaten Unternehmens Gesetzesverstöße fest, müssen sie diese den Beamten der Bundespolizei anzeigen, die dann erst eingreifen dürfen.

Wir fordern daher eine vollständige Rückführung der Luftsicherheitsaufgaben in die Hände der Bundespolizei. Risiken bei der Luftsicherheit können so minimiert und auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Reisenden gestärkt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage ist dies aus unserer Sicht unerlässlich. Dafür schlagen wir die Gründung einer

Körperschaft des öffentlichen Rechts vor.

Für den Staat entstehen dadurch keine Nachteile: Der Anspruch an die Flexibilität privater Dienstleister kann ebenso durch diese erfüllt werden. Es entstünden so weder Zusatzkosten noch langfristige Verpflichtungen.

Zudem bietet die Gründung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts Vorteile für Beschäftigte wie auch für die Flughafenbetreiber. Mit unserer Schwestergewerkschaft ver.di, die die Beschäftigten der privaten Sicherheitsdienstleister vertritt, sind wir uns einig: Die Beschäftigten einer Körperschaft öffentlichen Rechts profitieren von einem sicheren Arbeitsverhältnis bei einem seriösen und attraktiven Arbeitgeber nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Qualifizierte Beschäftigte der privaten Dienstleister könnten unmittelbar in die Körperschaft übernommen werden. Für die Zukunft könnte der Ausbildungsberuf „Fachkraft Luftsicherheitsassistent“ eingeführt und so endlich die Fluggastkontrolle als Anlernberuf mit schlechter Bezahlung

und hoher Fluktuation abgeschafft werden.

Für die Flughafenbetreiber erwarten wir daraus messbare wirtschaftliche Vorteile: Durch niedrigere Personalfuktuation und bessere Qualifizierung können schnellere Bearbeitungszeiten realisiert und Wartezeiten für Passagiere minimiert werden.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher schon seit langem, dass die Fluggastkontrolle wieder als hoheitliche Aufgabe vollständig in die öffentliche Hand zurückgeführt wird. Ein Höchstmaß an Sicherheit im Luftverkehr kann nur durch den Einsatz von gut ausgebildeten, erfahrenen und hoch motivierten Kontrollkräften erzielt werden.

Soziale Arbeit und Innovationen

Gastbeitrag von Michael Groß MdB, Vorsitzender der AWO-Parlamentariergruppe der SPD-Bundestagsfraktion (rechts) und Joß Steinke, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim AWO Bundesverband e.V.

Die Sozialwirtschaft ist zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber avanciert und hat immenses Potential. Die Dienstleistungen, die in ihr erbracht werden, gewinnen tendenziell an Bedeutung. Denn sie sind der Schlüssel zur Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen, seien es der demografische Wandel, die Flüchtlingsproblematik oder der Wandel der Familie. Beratung, Betreuung und Pflege bleiben überdies zentrale Voraussetzungen für Wertschöpfung und Arbeit in einer modernen Gesellschaft. Gleichzeitig sind die Arbeitsfelder und Branchen, in denen soziale und personenbezogene Dienstleistungen erbracht werden, in den letzten Jahren erheblich unter Stress geraten. Daten zeigen, dass man hier zunehmend schlechter verdient und Teilzeitarbeit sehr verbreitet ist. Beides hat eine vergleichsweise schlechte soziale Absicherung zur Folge, die spätestens im Alter sichtbar wird. Zuletzt nahm zudem das Gefühl zu, dass man gegenüber einer neuen Industriepolitik, die mit dem Schlagwort „Industrie 4.0“ ziemlich sexy daherkommt, noch weiter ins Hintertreffen geraten ist.

Den Beschäftigten geht es deswegen um die Frage, welcher gesellschaftliche Wert ihrer Arbeit beigemessen wird. Mit den Streiks in kommunalen Kita-Einrichtungen in diesem Jahr hat es diese Frage in die Top-Schlagzeilen geschafft. Für Familien bzw. Arbeitnehmer/innen, die ihre Kinder in diesen Kitas betreuen lassen, war das eine harte Zeit. Aber auch Unternehmen und Politik haben gemerkt: Ohne diejenigen, die solche Jobs verlässlich machen, geht es einfach nicht. Ebenso unverzichtbar sind die Kolleg/innen in der Pflege, in Beratungsstellen und vielen anderen Tätigkeitsfeldern. Es muss gelingen, eine Aufwertung dieser Berufe und Leistungen zu erreichen – im Sinne der Kolleg/innen, die es verdient haben aber auch im Sinne einer modernen und zukunftsfähigen Gesellschaft. Hier braucht es eine Debatte, die die chronische Unterfinanzierung derartiger Leistungen kritisch in den Blick nimmt. Die jüngste Einigung im Tarifstreit bei den ErzieherInnen ist hier nur eine Momentaufnahme und kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Im Bereich der sozialen Arbeit werden im Übrigen zahlreiche



Innovationen in Gang gesetzt – sei es in kleinen Schritten als inkrementelle Innovationen oder als gravierende Neuerung im Sinne radikaler Innovationen. Hier spielt der Einsatz neuer Techniken und moderner Kommunikation ebenso eine Rolle wie das Abdecken neu entstandener Bedürfnisse oder das Entwickeln neuer Formen des Zusammenlebens oder des Wohnens. Die AWO und die anderen Wohlfahrtsverbände können in diesem Sinne auf viele Innovationen verweisen. Wer sich davon überzeugen möchte, kann auf der Internetseite

<http://innovative-projekte.awo.org/>

ein bisschen herumstöbern. In den letzten Jahren ist zudem deutschlandweit eine bunte Szene an Start-Ups auf den Plan getreten. Die Gründer/innen nennen sich auch Social Entrepreneurs und haben mit viel Herzblut und Engagement viele gute und wirksame Projekte auf den Weg gebracht – und diese gut vermarktet.

Unter

<http://www.thechanger.org/de/>

findet man Informationen zum Thema.

Politisch ist jedoch Vorsicht geboten. Wer glaubt, diese Gründerszene eröffne einen alternativen Weg aus der gebotenen Refinanzierung sozialer Angebote, der bringt den Sozialstaat und die soziale Sicherung letztlich in Gefahr. Wir brauchen

einen starken Staat, der die notwendige soziale Infrastruktur vorhält und ein breites Leistungsangebot steuert. Nur eine auskömmliche Finanzierung, die von dem Credo geprägt ist, dass starke Schultern mehr tragen als schwächere wird dem deutschen Sozialstaatsgebot auf Dauer gerecht. Es ist schließlich entscheidend, immer auch die Menschen im Blick zu haben, die sich nicht gut vermarkten

lassen und die wenig interessant für Start-Ups sind. Für diese sind noch immer die Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege zuständig. Sie tun dies dauerhaft und verlässlich. Das wertet die neuen Akteure in keiner Weise ab: Es gibt so viel zu tun im Feld der sozialen Arbeit, es wird jeder Verein, jede Initiative, jeder Verband und jeder Einzelne gebraucht.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

4.8.2015	Andreas Theuer, Leiter Funktionsbereich Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit ThyssenKrupp Steel Europe AG
5.8.2015	Uwe Rohde, Geschäftsführer Immobilien-Management-Duisburg
11.8.2015	Jürgen Dietz, Betriebsleiter; Frank Wittig; Birgit Boehm DuisburgSport
12.8.2015	Martin Staats, Präsident Bundesverband Deutscher Binnenschifffahrt e.V.
13.8.2015	Wilhelm Oberste-Beulmann, Geschäftsführer; Norbert Maul, Leiter aktive Arbeitsmarktpolitik START Zeitarbeit NRW GmbH
13.8.2015	Wilfried Schnitzler, Geschäftsführer Area & Clavis Wohnungsbau GmbH
13.8.2015	Dr. Stephan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer; Dr. Thomas Hanicke, Geschäftsführer und Leiter Außenwirtschaft; TIAD e.V. Internationale Handelskammer Duisburg & TIAD e.V.

27.8.2015	Doris Lenk, Geschäftsführerin PAREA gGmbH
7.9.2015	Michael Hack, Corporate Affairs Manager Japan Tobacco International
21.9.2015	Klaus-Hermann Scharf, Vorsitzender zivile Beschäftigte im Bundesvorstand Deutscher BundeswehrVerband
28.9.2015	Klaus Dauderstädt, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion
30.9.2015	Hartmut Schönmeier, Vorsitzender Besoldung, Haushalt und Laufbahnrecht im Bundesvorstand Deutscher BundeswehrVerband
20.10.2015	Rainer Latsch, Konzernbevollmächtigter für das Land NRW; Michael Kolle, Projektleiter RRX (DB Projektbau GmbH) Deutsche Bahn AG
22.10.2015	Uwe Sahle, Cornelia Daume, Doris Lenk (Geschäftsführung) PAREA gGmbH
26.10.2015	Edmund Skopyrla, Geschäftsführer; Mario Mais, Marketing Manager Sinalco International Brands GmbH & Co. KG
02.11.2015	Hans-Ulrich Benra, Fachvorstand Beamtenpolitik und stellv. Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion
12.11.2015	Jörg Radek, Klaus Borghorst, Arnd Krummen Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt Ihr nachlesen, wie Euer MdB im Einzelnen abgestimmt hat.



12.11.2015	Bundeswehreinsatz in Darfur UNAMID Beschlussempfehlung: Auswärtiger Ausschuss zum Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2228/2015 vom 29. Juni 2015 Drs. 18/6503, 18/6639	Ja
12.11.2015	Bundeswehreinsatz in Südsudan (UNMISS) Beschlussempfehlung; Auswärtiger Ausschuss zum Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen durchgeführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2241/2015 vom 9. Oktober 2015 Drs. 18/6504, 18/6638	Ja
6.11.2015	Regelung der ärztlich begleiteten Lebensbeendigung (Suizidhilfegesetz) Gesetzentwurf der Abgeordneten Peter Hintze, Dr. Karl Lauterbach, Mahmut Özdemir u.a. Drs. 18/5374	Ja
6.11.2015	Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung Gesetzentwurf der Abgeordneten Michael Brand, Kerstin Griesse u.a. Drs. 18/5373	Nein
6.11.2015	Strafbarkeit der Teilnahme an der Selbsttötung Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Patrick Sensburg, Thomas Dörflinger u.a. Drs. 18/5376	Nein
6.11.2015	Straffreiheit der Hilfe zur Selbsttötung Gesetzentwurf der Abgeordneten Renate Künast, Dr. Petra Sitte, Johannes Kahrs u.a. Drs. 18/5375	Nein
6.11.2015	Anwendung des Stimmzettelverfahrens Anwendung des Stimmzettelverfahrens unter Abweichung von der Geschäftsordnung	Ja
5.11.2015	Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen Gesetzentwurf Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen Drs. 18/6160, 18/6438	Ja

5.11.2015	Betreuungsgeld für den Kitausbau nutzen Beschlussempfehlung: Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE Drs. 18/6041, 18/6200	Ja
16.10.2015	Einführung Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten Gesetzentwurf: Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten Drs. 18/5088, 18/6391	Ja
15.10.2015	Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz Gesetzentwurf: Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes Drs. 18/6185, 18/6386	Ja
15.10.2015	Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, hier: Artikel 8 und 12 Gesetzentwurf: Fraktionen CDU/CSU und SPD Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes hier: Artikel 8 und Artikel 12 des Gesetzentwurfs in der Ausschussfassung (Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Entflechtungsgesetzes) Drs. 18/6185, 18/6386	Ja
15.10.2015	Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, hier: Artikel 2 Gesetzentwurf: Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes, hier: Artikel 2 des Gesetzentwurfs in der Ausschussfassung (Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes) Drs. 18/6185, 18/6386	Ja
15.10.2015	Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, hier: Artikel 1 Nummer 35 Gesetzentwurf: Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes hier: Artikel 1 Nummer 35 des Gesetzentwurfs in der Ausschussfassung (Neufassung der Anlage II zu § 29a des Asylverfahrensgesetzes) Drs. 18/6185 und 18/6386	Ja
15.10.2015	Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hier: Artikel 1 Nummer 15, 16 und 19 des Gesetzentwurfs in der Ausschussfassung (Änderung der §§ 47,48 und 59a des Asylverfahrensgesetzes) Drs. 18/6185, 18/6386	Ja
02.10.2015	Renten in Ostdeutschland Beschlussempfehlung: Ausschuss für Arbeit und Soziales zum Antrag der Fraktion Die Linke: Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben Drs. 18/1644, 18/5290	Ja
01.10.2015	Sanktionen bei Hartz IV und Sozialhilfe, Antrag Bündnis 90/Die Grünen Beschlussempfehlung: Ausschuss für Arbeit und Soziales zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Existenzminimum und Teilhabe sicherstellen – Sanktionsmoratorium Drs. 18/1963, 18/6128	Ja
01.10.2015	Sanktionen bei Hartz IV und Sozialhilfe, Antrag Die Linke Beschlussempfehlung: Ausschuss für Arbeit und Soziales zum Antrag der Fraktion Die Linke: Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen Drs. 18/1115, 18/6128	Ja

01.10.2015	Bundeswehreinsatz EU-Operation EUNAVFORMED Beschlussempfehlung: Auswärtiger Ausschuss zum Antrag der Bundesregierung Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschen-smuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im Mittelmeer Drs. 18/6013, 18/6189	Ja
19.08.2015	Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages, der Hellenischen Republik Stabilitätshilfe in Form einer Finanzhilfefazilität zu gewähren sowie zur Vereinbarung über ein „Memorandum of Understanding“ zwischen der Hellenischen Republik und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus Drs. 18/5780	Ja
17.07.2015	SMP-Mittel 2014 zur Absicherung einer Brückenfinanzierung Antrag: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beschluss des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nr. 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG) Drs. 18/5595	Nein
17.07.2015	Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands Entschließungsantrag: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes, der Hellenischen Republik nach Art. 13 Absatz 2 des ESM-Vertrages Stabilitätshilfe in Form eines ESM-Darlehens zu gewähren Drs. 18/5590, 18/5593	Nein
17.07.2015	Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nr. 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes, der Hellenischen Republik nach Art. 13 Absatz 2 des ESM-Vertrages grundsätzlich Stabilitätshilfe in Form eines ESM-Darlehens zu gewähren; Verwendung der SMP-Mittel 2014 zur Absicherung einer Brückenfinanzierung, Drs. 18/5590	Ja
22.05.2015	Subventionen für britisches Atomwerk Hinkley Point C stoppen Beschlussempfehlung: Ausschuss für Wirtschaft und Energie zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Subventionen für britisches Atomwerk Hinkley Point C stoppen und rechtliche Schritte einlegen, Drs. 18/4316, 18/5417	Ja



(v.l.n.r.) Bernhard Daldrup (MdB), Mahmut Özdemir (MdB), Dr. Peter Langner (Stadtkämmerer Duisburg)

Sozialdemokraten sind Anker für eine gute Finanzausstattung der Städte

Informationsabend und Publikumsdiskussion mit Bernhard Daldrup, MdB, und Dr. Peter Langner, Kämmerer der Stadt Duisburg.

„Kommunen stärken - Zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ lautete das Thema einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, zu welcher der SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir am 27. August 2015 in den Kleinen Prinzen eingeladen hatte, um über die finanzielle Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu informieren und mit Experten und Anwesenden über notwendige Handlungskonzepte zu diskutieren.

Bericht von Christiane Kramer

Für den Impulsvortrag war Bernhard Daldrup, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, aus dem Kreis Warendorf angereist, um den knapp sechzig Anwesenden einen Einblick ins Thema wie auch über die im Koalitionsvertrag stehende Position der SPD Bundestagsfraktion zu geben.

Ende des Jahres 2019 tritt der Länderfinanzausgleich in seiner bisherigen Form außer Kraft und die Bund-Länder-Finanzbeziehungen müssen bis dahin neu geordnet sein. Das sollte möglichst zeitnah geschehen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland und die Verpflichtung zu einem solidarischen Ausgleich

zwischen Bund, Länder und Kommunen zu gewährleisten. Die SPD hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die Kommunen entlastet werden, so dass sie handlungsfähig bleiben oder wieder werden. Eine ganze Reihe von Entlastungen wurden dafür bereits beschlossen, u.a.: Die volle Übernahme der Kosten für die Grundsicherung

im Alter und bei Erwerbsminderung, 2 Mrd. Euro 2015 zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen, eine Pro-Kopf-Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber ab 2016 sowie das kommunale Investitionspaket mit 3,5 Mrd. Euro für finanzschwache Kommunen.

Bernhard Daldrup, MdB:

„Rund ein Viertel der Städte und Gemeinden sind nicht aus eigener Kraft in der Lage, sich aus der Schuldenspirale zu befreien. Die Kernprobleme sind hohe Soziallasten, fehlende Investitionskraft, anhaltend hohe Kassenkredite und Investitionsschwäche. Die verfassungsrechtlich geforderte Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ist dadurch in Gefahr. Der Bund ist daher gefordert, den Kommunen zu

helfen. Zwar wirken die von den Ländern eingeleiteten Hilfsprogramme, sie können allein das Dilemma der "Vergeblichkeitsfalle" aber nicht beheben. Die finanzielle Lage der Kommunen muss deshalb ebenso bei der Einführung eines Bundesteilhabegesetzes als auch bei der Pflegereform berücksichtigt werden. Zudem müssen die Kommunen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, an der Neuverhandlung der Bund-Länder-Finzen beteiligt werden.“

Der Duisburger Stadtkämmerer Dr. Peter Langner verdeutlichte in der anschließenden Publikumsdiskussion die Situation der Kommunen Nordrhein-Westfalens anhand konkreter Zahlen und Beispiele. Er erklärte: „Der Bund hat das finanzielle Polster, um den

Kommunen helfen zu können, ohne die Steuern erhöhen zu müssen.“

Das Schlusswort hatte Mahmut Özdemir, MdB:

„Der Mentalitätswechsel in Berlin ist spürbar auch in Duisburg angekommen. Finanzielle Entlastungen kommen konkret auf dem Konto unserer Stadt an. Die bereits beschlossenen Entlastungen, damit unsere Städte ihren Aufgaben wieder nachkommen können, sind für uns jedoch nur eine Zwischenstation. Ziel der SPD ist es jetzt, den Kommunen bei der Neuverhandlung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen als verbindlicher und starker Partner eine Stimme zu geben.“

Özdemir on Tour



26. Juni 2015

Tag der kleinen Forscher

Hoch hinaus - Mahmut Özdemir und Thomas Schlenz (rechts im Bild) unterstützen den „kleinen Baumeister“ tatkräftig

Hämmern, Bohren, Schrauben –
Mahmut Özdemir mit dem weiblichen
Forschernachwuchs



An diesem Tag war „Helmpflicht“ - Mahmut Özdemir mit
Kinder der Kindertagesstätte „Stahlsternchen“



28. Juni 2015

4. internationales Fußball- & Familienfest



der SPD Arbeitsgemeinschaft für Migration und
Vielfalt



06. August 2015

Unsere Gruppe der **2. Berlinton** - tolle Fahrt bei 38°C - puuhhh☺



13. August 2015

Besuch bei der **START Zeitarbeit NRW GmbH**
v.l.n.r. Hr. Oberste-Beulmann, Mahmut Özdemir, Norbert Maul



13. August 2015

Etwa 1600 türkische Betriebe gibt es in der Region. Die IHK möchte den Kontakt intensivieren.
v.l.n.r.: Özcan Yavuz, Vorsitzender des TIAD, IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger und der Duisburger Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir im Gespräch.



18. August 2015

20 Jahre KiK-Förderverein

v.l.n.r. unbekannt, Uwe Heider, Georg Salomon, Mahmut Özdemir



29. August 2015

Seifenkisten Derby von Duisburg Sport und MÖ mit dabei!



16. September 2015

Mahmut Özdemir MdB unterstützt die Medienkompetenz-Initiative „ErlebeIT“ am Sophie-Scholl-Berufskolleg in Marxloh

v.l.n.r. Omar Chenagfe (Schüler), Mahmut Özdemir (MdB), Katja Terörde (Schülerin), Gabriele Frerkes (Schulleiterin des Sophie-Scholl-Berufskollegs), Michael Zeisberger (Projektleiter ErlebeIT)

© Jürgen Brüne, Sophie-Scholl-Berufskolleg



16. September 2015

Türkischer Botschafter besuchte die IHK Duisburg

Im Gespräch v. l.: IHK-Präsident Burkhard Landers, Hüseyin Karslioglu, Botschafter der Republik Türkei in Deutschland, der Duisburger Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir und Oberbürgermeister Sören Link.
Foto: Niederrheinische IHK



19. Oktober 2015

Bundespolitik besucht die Bundespolizeiinspektion in Dortmund

(v.l.n.r.) Ralf Kapschack (MdB), Mahmut Özdemir (MdB), Inspektionsleiter POR Sven Srol, Sabine Poschmann (MdB), PHK Yves Delaporte, Präsident Wolfgang Wurm, Personalrat Jürgen Lipke, EPHK Herr Peters, PHK Volker Stall



19. Oktober 2015

Austausch mit den **Duisburger Wirtschaftsjunoren beim Kamingespräch** - Mindestlohn, Erbschaftsteuer und Integration von Flüchtlingen standen im Mittelpunkt



30. Oktober 2015

Zu Gast bei: Schule „Am Rönsbergshof“

Lockere Interviewrunde der Schülerinnen und Schüler beim gemeinsamen Frühstück.

TTIP - das steckt wirklich drin!

Informationsabend und Publikumsdiskussion mit den SPD-Bundestagsabgeordneten Dirk Wiese und Bärbel Bas sowie Folke große Deters von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

„TTIP - Alle reden. Wir geben Antwort!“ lautete das Thema einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, zu welcher der SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir am 22. Oktober in den Hamborner Ratskeller eingeladen hatte, um über das geplante Handelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA zu informieren und mit Experten und Anwesenden über die Chancen und Risiken zu diskutieren.

Bericht von Christiane Kramer

Für den Impulsvortrag war Dirk Wiese, Mitglied in den Ausschüssen Wirtschaft und Energie sowie Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages aus dem Hochsauerlandkreis angereist, um den knapp siebzig Anwesenden einen Einblick ins Thema wie auch über die Position der SPD-Bundestagsfraktion zu geben.

Internationale Handelsabkommen sind für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und die davon abhängenden Arbeitsplätze sehr wichtig. Nicht zuletzt gilt dies auch für die Stadt Duisburg! Aufgrund der Bedeutung des großen US-Marktes für die Duisburger Industrie und Dienstleistungsunternehmen unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die Europäische Kommission in dem Vorhaben, TTIP zu verhandeln und zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Das wurde so auch im Koalitionsvertrag grundsätzlich vereinbart.

Zugleich tritt die SPD-Bundestagsfraktion für faire Regeln in der Weltwirtschaft ein und will,



(v.l.n.r.) Folke große Deters (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), Mahmut Özdemir (MdB), Bärbel Bas (MdB), Dirk Wiese (MdB)

dass bei einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA die Richtlinien im Verbraucher- und Datenschutz Geltung behalten. Dies ist für Sozialdemokraten eine Vorbedingung. Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards dürfen nicht unterbunden und Grundwerte wie parlamentarische Kontrolle und gerichtlicher Schutz nicht in Frage gestellt werden. Eine Einigung ist wichtig – aber nicht um jeden Preis!

Die SPD begrüßt, dass das Europäische Parlament Anfang Juli 2015 eine Resolution zu den laufenden TTIP-Verhandlungen verabschiedet hat. Auf Initiative der Sozialdemokraten wurden mit den dort festgeschriebenen Garantien von starken Arbeitnehmerrechten sowie mit der Ablehnung der privaten Schiedsstellen wichtige Schritte erreicht. Der Schutz deutscher Standards ist ebenfalls garantiert.

Dirk Wiese, MdB:

„Ein einfaches Ja zu TTIP ist falsch. Aber ebenso ein Stopp zu TTIP. Vielmehr ist es richtig und wichtig am Verhandlungstisch zu bleiben und für Reformen zu kämpfen. Ganz im Sinne von Willy Brandt: Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. Denn wenn wir das nicht tun, dann gestalten zukünftig andere über unsere Köpfe hinweg.“

In der anschließenden Publikumsdiskussion wurde die Expertenrunde um Folke große Deters, Fachmann im Bereich Rechtsphilosophie mit Forschungsschwerpunkt Demokratietheorie, und die Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas erweitert.

Folke große Deters:

„Nach dem bestehenden CETA-Entwurf bekommen Konzerne harte Klage-Rechte, während zum Beispiel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf mehr oder weniger folgenlose Eingaben verwiesen werden.

Das ist ein Verstoß gegen die demokratische Gleichheit und ist weder für TTIP noch für CETA akzeptabel.“

Bärbel Bas, MdB:

„Wir wissen in Duisburg genau, wie stark allein unsere Stahlindustrie vom Export abhängig ist. Die Globalisierung muss fair gestaltet werden und mit solchen Abkommen können wir Regeln setzen. Freier Handel muss aber immer eine dienende Funktion für die Gesellschaft erfüllen. Unsere roten Linien sind klar gesetzt: Unsere Standards dürfen nicht unterboten werden, wir brauchen keine privaten Schiedsgerichte, aber deutlich mehr Transparenz. Ich werde weder bei CETA noch bei TTIP einem Abkommen zustimmen, dass uns in Duisburg schlechter stellt.“

Mahmut Özdemir, MdB:

„In der Debatte um TTIP darf es nicht sein, dass wir auf den Gebieten Verbraucherschutz, Arbeitsrecht, in der unabhängigen Handelsgerichtsbarkeit und

in der kommunalen Daseinsvorsorge Rückschritte machen, unsere erreichten Standards müssen Maßstab bleiben. Denn trotz der wirtschaftlichen Notwendigkeit von Freihandelsabkommen halten wir Sozialdemokraten gesetzliche Grenzen für notwendig, um zügellosem Gewinnstreben entgegen zu wirken. Vorerst jedoch muss das Informationsrecht jedes einzelnen Abgeordneten für die uneingeschränkte Akteneinsicht durchgesetzt werden. Das ist überhaupt erst einmal Voraussetzung, bevor es zu einer Entscheidung kommt. Wegen der anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA wird der Bundestag in dieser Wahlperiode sicher nicht mehr über die Umsetzung entscheiden. In der verbleibenden Zeit werden wir mit einer entsprechenden Veranstaltungsreihe zum Thema weiterhin alle Interessierten über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.“

Aus dem Büro

Interview mit Marcel Keilwerth

Weiter geht es in unserer Interviewreihe mit Marcel, der das Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB seit einigen Monaten tatkräftig unterstützt.

Lieber Marcel, du bist Mitarbeiter im Duisburger Wahlkreisbüro - was sind deine Aufgabenbereiche?

Ich betreue die Homepage und Facebook-Seite und pflege dort die neuesten Meldungen, Fotos und Pressemitteilungen ein. Außerdem bearbeite ich sämtliche Autogrammanfragen. Manchmal begleite ich Mahmut auch bei Terminen im Wahlkreis wenn Fotos gemacht werden sollen.

Wie bist Du zu dieser Tätigkeit gekommen? Was hast Du davor gemacht? Kanntest Du Mahmut schon, bevor Du für ihn gearbeitet hast?

Bis letztes Jahr habe ich Nordamerikastudien und Neuere Geschichte an der Universität Duisburg-Essen studiert und dort auch meinen Abschluss gemacht. Mahmut habe ich 2012 kennengelernt, ungefähr zu der Zeit, als er von der SPD Duisburg als Kandidat für die Bundestagswahl im darauffolgenden Jahr nominiert wurde. Im Wahljahr 2013 habe ich ihn dann auf diversen Wahlkampfveranstaltungen besser kennengelernt und natürlich auch viel von ihm gehört. Ich fand es sehr spannend, dass wir in Duisburg einen Kandidaten nominiert hatten, der gerade mal ein paar Monate älter ist wie ich. Wir

brauchen dringend noch mehr junge Leute in den Parlamenten und in der Kommunalpolitik.

Du bist selber bei den Jusos aktiv. In welchen Gebieten liegen deine persönlichen politischen Interessen, wo engagierst du dich (besonders leidenschaftlich)?

Genauso ist es. Seit 2013 bin ich Mitglied im Juso-Unterbezirksvorstand und im letzten Jahr wurde ich zum stellvertretenden Vorsitzenden der Jusos Duisburg gewählt. Meine Schwerpunkte sind die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, also ganz klassische sozialdemokratische Themen, die aber für ein erfüllendes Leben sehr entscheidend sind. In dieser Funktion habe ich u.a. eine Diskussionsveranstaltung zum Arbeitsmarkt in Duisburg und eine Besichtigung bei der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH organisiert.

Besonders wichtig ist mir auch die Mitgliederbetreuung, da ein guter Zusammenhalt im Verband entscheidend für die gemeinsame politische Arbeit ist. Es mir wichtig sich auch persönlich etwas besser kennenzulernen. Es wäre ja schade, wenn man nur zusammen über politische Themen diskutiert, aber danach sofort wieder nach Hause fährt. Der



Spaß am politischen Ehrenamt darf nicht zu kurz kommen und gelegentliche Freizeit- und Sportveranstaltungen bereichern die gemeinsame Verbandsarbeit enorm.

In 10 Jahren bist Du...?

...vermutlich in einer völlig anderen Lebenssituation wie heute, doch das kann ich nur sehr schwer einschätzen. Lebensentscheidungen mit großer Tragweite trifft man heutzutage eher kurzfristig und spontan, dies ist der gesellschaftliche Trend, dem man sich kaum entziehen kann. Trotzdem blicke ich optimistisch in die Zukunft. Gerne hätte ich eine eigene Familie, Glück im Beruf und dabei natürlich noch genügend Freizeit zur Erholung. In jedem Fall werde ich aber weiterhin politisch aktiv bleiben.